

Vortrag von Hans-Michael Goldmann, MdB am 25. Oktober 2007

Zur Eröffnung der Vortragsreihe der Evangelischen Erwachsenenbildung in Brandenburg

„Christsein in der Politik“

Das Thema, zu dem ich gebeten wurde heute Abend zu referieren, heisst:

„Christsein in der Politik“. Ist, meine Damen und Herren, eine christliche Politik überhaupt möglich? Darf man in einer pluralistischen Gesellschaft, in unserem zur weltanschaulichen Neutralität verpflichteten Staat, zumal als Abgeordneter einer FDP, die sich als die Partei der religiösen Toleranz versteht, gerade von „christlicher Politik“ sprechen? „Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört!“, antwortet Jesus den Pharisäern und erkennt damit die Eigenständigkeit der weltlichen Macht an.

Das Spannungsverhältnis zwischen politischer Aktivität und christlichem Glauben ist schon längst nicht mehr eine Privatfrage des persönlichen Selbstverständnisses eines Politikers. Dieses Spannungsverhältnis wird zunehmend auch in der Öffentlichkeit thematisiert, ein Befund, den unter anderem Vortragsreihen wie diese, die ich die Ehre zu eröffnen habe, bestätigen. Sicher ist, dass es Politiker gibt, die aus christlicher Verantwortung heraus politisch handeln. Das christlich motivierte politische Engagement stellt hohe Anforderungen an das Gewissen.

Die Herausforderungen, die das Christentum uns auferlegt, müssen wir annehmen. In der säkularen Zeit ist ein Verständnis des Christentums als bloßer Wertestifter verbreitet. Daraus ergeben sich seitens der Gesellschaft die erfahrungsgemäß strengeren, eine höhere Moralität voraussetzenden Maßstäbe,

die auf christliche Politiker angewandt werden. Das kennen ja nicht nur Politiker, wenn einem gelegentlich vorgeworfen wird: „Und diese Entscheidung triffst Du auch noch als Christ?!“

Es geht um jene Vorstellung, welche die Christlichkeit der Politik nach dem christlichen Charakter der Handlung einschätzten möchte. Hier dürfte der Hauptgrund dafür liegen, dass seit Generationen schon ein unüberbrückbarer Gegensatz gesehen wird zwischen Christentum und Politik, einen unüberwindbareren Widerspruch soll es geben zwischen politischem Handeln und christlicher Glaubenspraxis. Politiker werden gern und vorschnell als korrupt und verlogen bezeichnet. Sie handelten doch nicht nach moralischen Grundsätzen; es gehe ihnen doch nur um Macht, Einfluß und Diäten.

Das Vorurteil, dass es unmöglich ist, als Politiker „ehrlich“ zu sein, ist ebensoweit verbreitet wie die Überzeugung, dass das Christentum ein besonderes Maß von sittlichem Hochstande garantiert. Auch wenn beide Ansichten von vielen in unserer von allgemeiner Politikverdrossenheit geprägten Zeit geteilt werden, dürfen wir sie nicht absolut und kritiklos hinnehmen. Es mag stimmen, dass politisches Handeln häufig mit den Regeln der Redlichkeit nicht in Einklang zu bringen ist. Jedoch hat das meist seinen Grund darin, dass alle Politik auf den Kompromiß angewiesen ist. Der Kompromiss aber hat notwendig die Eigenschaft, dass er dem einen als Halbwahrheit, dem anderen aber schlechthin als Unwahrheit erscheint. Für einen kompromißlosen und somit fundamentalistisch gerichteten Ansatz ist die Übernahme von politischer Verantwortung für Entscheidungen in dieser Welt stets mit Schuld und Sünde behaftet.

Auf der anderen Seite sind die christliche Gesinnung und das christliche Handeln keineswegs in jedem Fall durch gesteigerte Sittlichkeit qualifiziert. Aus dem Gesichtspunkt der Ethik ist christliche Gesinnung und christliches Handeln, für sich betrachtet, nicht mehr als eine Form von Moralität, wie sie eben bei Nichtchristen, Agnostiker oder gar Atheisten gefunden werden kann. Es wäre also eine unerträgliche und mit der christlichen Demut und Toleranzverständnis unvereinbare Überheblichkeit zu behaupten, die Christen in der Politik wären zweifellos und unbedingt moralischer als die anderen Politiker.

Der Zwiespalt, in den das menschliche Gewissen als Subjekt bei der Machtanwendung und als Objekt bei dem Machterdulden kommen kann, wird von dem katholischen Freiburger Religionsphilosoph Bernhard Welte durch den Hinweis auf den Römerbrief im Neuen Testament zu klären versucht : „Wer die Macht gebraucht, wird nicht rein bleiben. Wer sie aber nicht gebraucht, etwa aus Gründen des Glaubens, wird auch nicht rein bleiben. Er wird, von anderem abgesehen, ja auch mitschuldig sein an der Unreinheit der Macht der Mächtigen, weil er diese Macht benutzt. Denn auch er lebt ja auf dieser Welt, weil dieser Mächtige ihm den Daseinsraum gewährleistet und sichert.“

Dies führt zu einer Überlegung über die Macht, ohne welche politisches Wollen nicht möglich ist. Es ist üblich geworden, die politische Macht zu diskriminieren, als sei sie etwas im Grunde unchristliches. Auch wenn in der Bibel Machtentsagungen ausgesprochen werden, ist dies im Christentum eher der Ausnahmefall. Der Normalfall ist darin zu sehen, dass auch im politischen Leben der Mensch als das Bild Gottes die Herrlichkeit der Macht darzustellen hat. Er tut es auch dadurch, dass er in bestimmten, dem Politiker gesetzten Grenzen die Bürger zum „Guten“ zwingt. Es handelt sich dabei nicht um das „Gute“, das aus dem Glauben getan wird, sondern um jenes Gute, das alle Menschen tun können

und sollen. Soweit der Politiker das erreicht, hat er, wie unser Grundgesetz es fordert „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ gehandelt. Dabei wird oft der Fehler begangen, „Macht“ nur als „Gewalt“ mißzuverstehen. In unserem liberalen Verständnis ist Macht jede Form von Vermögen, welche uns befähigt, kraftvoll Einfluß auszuüben. Die vollkommenste Form der Macht ist in diesem Sinne das Wort.

Wer der Förderung des Gemeinwohls dienen will, Verantwortung innehat und Entscheidungen fallen muss – wo auch immer: in der Politik, in der Wirtschaft oder auch in der Kirche – läuft immer unweigerlich Gefahr, in der Abwägung zwischen mehreren Möglichkeiten zu irren. Politiker sind somit Irrtümern und Risiken ausgesetzt, sie laden oft Schuld auf sich. Soll deshalb ein entschiedener Christ auf alle Geschäfte dieser Welt verzichten und politischer Verantwortung entsagen? Meine Antwort als überzeugter Katholik und liberaler Politiker ist: Nein! Sogar im Gegenteil: der Gott-Schöpfer, der auch diese Welt geschaffen hat und sie erduldet, gebietet dem Christ und erwartet von ihm, dass er Sein „Mitarbeiter“ wird als Mitgestalter Seines Willens und Seines Reiches. Zeugnis der Botschaft Jesu Christi ablegen heißt vor allem an der menschenwürdigen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. „Ihr sollt ein Segen sein“ lautete das Leitwort des Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin.

Dietrich Bonhoeffer sagt zu Recht: „Es gibt keinen Rückzugsort des Christen von der Welt... Jeder Versuch, der Welt auszuweichen, muss früher oder später mit einem sündigen Verfall an die Welt bezahlt werden.“

Christen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich am politischen Leben zu beteiligen. Der Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, aus dem Hier und Jetzt, ist nicht der richtige Weg. Christen haben den Auftrag, die sittliche Botschaft des Neuen Testaments zu erfüllen, nämlich Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit zu praktizieren, nicht nur privat, sondern auch

öffentlich in der Gesellschaft. Es ist in erster Linie das christliche Menschen- und Gesellschaftsverständnis, für das es hier einzutreten gilt. Dass jeder Mensch einzigartig ist und ihm deshalb als Person Menschenwürde und Menschenrechte zukommen. Dass er als Einzelner inmitten der Gesellschaft lebt und diese Gesellschaft dem Wohl eines jeden Einzelnen zu dienen hat. Dass Menschen auf die Gemeinschaft mit anderen angewiesen sind und die Familie als „Kernzelle“ der Gesellschaft besonders schützenswert ist.

Dabei ist es wichtig zu betonen: es gibt kein Monopol, auch kein Parteimonopol auf christlich verstandene, christlich geführte, ja auch christlich gelebte Politik. Dass eine Partei kein „C“ in ihrem Namen hat, bedeutet nicht, dass sie sich nicht für christliche Werte engagiert. Auch eine liberale Partei kann Verantwortung für die Menschen im christlichen Sinne tragen. Diese Verantwortung bedeutet, daß das Eintreten für die Grundwerte des Evangeliums gefordert ist: das Recht auf Leben, das Recht auf Familie, auf Elternschaft samt Elternrecht, das Recht auf Ehe usw. Hier ist das Einmischen der Christen gefordert, das Hinschauen, nicht das Wegschauen.

Die FDP ist die Partei der Glaubensfreiheit. Nicht nur viele evangelische und katholische Christen sind engagierte Liberale. Wir waren die Partei des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Ignatz Bubis, wir sind auch die Partei des neuen Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Ayyub Köhler, der immer wieder auf die Besonnenheit der überwältigend großen Mehrheit der Muslime in Deutschland hinweist.

Die beiden großen christlichen Kirchen sind auch heute noch die bedeutendsten Vermittler und Repräsentanten von Religion in Deutschland, es ist allerdings klar, dass Deutschland mittlerweile nicht nur ein Land der Christen ist, sondern auch der Juden, Muslime und vieler andere. In diesem Land begegnen sich heute

Menschen aus allen Kontinenten, unter ihnen Muslime, sowohl aus afroasiatischen, als auch aus euroamerikanischen Ländern, ebenso wie Juden aus Osteuropa und den USA, oder Buddhisten. Sie bringen verschiedene Lebensarten und Traditionen mit. Sie zeigen wie bunt und vielgestaltig der Islam bzw. das Judentum, die christlichen Gemeinschaften und die buddhistischen Lehren sind oder in ihrer geschichtlichen Entwicklung geworden sind. So existieren heute sehr alte und ganz neue islamische Kulturen nebeneinander. Jede von ihnen hat den Anspruch darauf, eine überzeitliche, universale und ganzheitliche Offenbarung zu repräsentieren. So entstehen heute in Deutschland und in ganz Europa lebendige, sehr dynamische und wandlungsfähige islamische Gemeinschaften. Die Freien Demokraten sehen daher als eine wichtige Aufgabe ihrer Religionspolitik gerade die Schaffung der notwendigen politischen und rechtlichen Voraussetzungen für einen innerislamischen Dialog.

Dies führt uns zu der Grundsatzfrage nach der Kompatibilität, der Vereinbarkeit der Demokratie mit Christentum, Islam oder jeder anderen Religion, die für sich in Anspruch nimmt, die einzig gültigen Antworten auf die Fragen des Lebens zu haben. So können inhumane Praktiken wie die Zwangsverheiratung, Ehrenmord oder christlicher Antisemitismus, die Hexenverbrennungen und die Kreuzzüge als Fehldeutung oder Instrumentalisierung von Islam und Christentum angesehen werden, oder aber, je nach Gesichtspunkt, dem eigenen Wesen der Religion zugerechnet werden. Dies erklärt auch, warum, historisch betrachtet, Islam und Christentum zur Rechtfertigung humaner wie inhumaner Umgangsformen benutzt werden können.

Es stellt sich auch die Frage, wie sich der Umgang von gläubigen und nicht-gläubigen Bürgern gestalten soll und welche Rahmenbedingungen für Toleranz und Solidarität der Staat schaffen soll? Jede Religion ist ursprünglich „Weltbild“

auch in dem Sinne, dass sie die Autorität beansprucht, die Lebensführung im Ganzen vorzugeben und zu umfassen. Diesen Anspruch auf Interpretationsmonopol und umfassende Lebensgestaltung musste die Religion in Europa unter den Bedingungen der Säkularisierung des Wissens, der neutralen Ausrichtung der Staatsgewalt und der verallgemeinerten Religionsfreiheit aufgeben. Ein liberales Herangehen an diese Problematik drückt sich in dem Bestreben aus, eine Vereinbarkeit, ja eine Kooperation zwischen der universalistischen Rechtsordnung und der liberalen Gesellschaftsmoral einerseits und der konfessionell geprägten Ethik der jeweiligen Religionsgemeinschaft andererseits zu erreichen. Ein Kooperationsmodell, ein Anschluss, bei dem eins aus dem anderen konsistent hervorgeht. Konflikte entstehen dann, wenn Differenzierungen durch Religionsgemeinschaften und ihre Angehörige zulasten von Anders- oder Nichtgläubigen stattfinden. Zum Beispiel, wenn ein evangelischer Kindergarten nur evangelische Kinder aufnimmt, oder ein katholisches Krankenhaus sich weigert, einen evangelischen Patienten aufzunehmen, (Fälle, die es bis in die siebziger Jahre noch gab). Bei dieser Art von Ungleichbehandlung trifft der Handelnde Unterscheidungen aufgrund seiner eigenen religiösen Überzeugungen oder Gebote. Der Liberalismus tritt in solchen Situationen immer gegen die Diskriminierung ein.

Die Wurzeln des Liberalismus liegen in der englischen, französischen und deutschen Aufklärungsphilosophie. Er ist die Folge einer geschichtlichen Entwicklung, deren Ursprünge in dem Verlangen der menschlichen Natur liegen, autonom zu sein, die eigene Persönlichkeit selbständig und nicht nach fremden Geboten zu entwickeln. Der einer liberalen Politik innewohnende individualistische Ansatz ist ein Strukturmerkmal auch moderner christlicher Strömungen. Durch die Herausbildung eines religiösen Individualismus und durch seine Überleitung in die Breite des allgemeinen Lebens ist das Christentum

an der Hervorbringung der modernen Welt erheblich mitbeteiligt. Somit gilt die persönliche Einzelverantwortung nicht nur für Protestanten als höchster Wert und Lebensgrundsatz.

So schilderte die große liberale Politikerin Liselotte Funcke in ihrem Beitrag „Christ und Politik“ das liberale politische Verständnis: „Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass auf Freiheit und persönliche Verantwortung nicht verzichtet werden kann, aber Freiheit und Verantwortung sind nur in einer permanenten Reform des bestehenden Systems im Sinne wachsender Gerechtigkeit, besseren Schutzes vor Ausnutzung und Machtanwendung durch einzelne oder Gruppen und mehr Sicherung vor wirtschaftlicher Abhängigkeit möglich.“

Zweifelsohne übte das Christentum einen tiefgreifenden Einfluss auf die Herausbildung des politischen Systems Europas und Deutschlands aus. Die politische Ethik des Christentums enthält Prinzipien und sachgerechte Normen zur Gestaltung einer freiheitlichen und gerechten Ordnung von Staat und Gesellschaft. Hierzu gehören insbesondere die Sozialprinzipien der Subsidiarität, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Auch der christliche Demokratiedanke gestaltet sich als ein auf die Volkswohlfahrt gerichtetes Prinzip.

Das christliche Menschenbild ist eine gute Basis für die Politik, insbesondere weil es auf dem Konzept beruht, dass der Mensch sowohl fehlerhaft, als auch bildungsfähig ist. Ein Beispiel dafür wäre das Gleichnis mit den Talenten, das gelegentlich einem in der Kirche vorgetragen wird. Das christliche Menschenbild beinhaltet einen anthropologisch-sittlichen Grundkanon von Prinzipien und Leitideen: die Würde, Freiheit und Verantwortungsfähigkeit der Einzelperson, ihre Endlichkeit und Schuldfähigkeit, ferner die Gleichheit der Menschen (vor Gott) und die Idee der Gerechtigkeit. Später ist aus der Gleichheit vor Gott die

Gleichheit vor dem Gesetz entstanden. Von den Kirchen wird besonders intensiv in letzter Zeit auch der Begriff der sozialen Gerechtigkeit diskutiert. Diese Diskussion ist zwar von den Erfahrungen der europäischen Geschichte von Industrialisierung, Globalisierung und Massenarbeitslosigkeit geprägt, sie orientiert sich aber an den christlichen Glaubenssätzen.

In der europäischen Ideengeschichte hat das Christentum wie bereits erörtert, zweifellos eine vorrangige Rolle gespielt. Es stellt sich für mich als Liberaler aber auch die Frage, in welchem Maße die christliche Theologie durch den politischen Liberalismus beeinflusst wurde. So ist die Verantwortung des Einzelnen ein zentrales Element liberaler Programmatik, welches sich auch in historisch gleichzeitig entstandenen theologischen Grundsätzen wiederfindet. Halten wir fest, zumal Deutschland die Heimat des Protestantismus ist: ein großer Teil der Christen in unserem Land, sowie, übrigens, in anderen protestantisch geprägten Ländern des europäischen Nordens, definieren ihre religiöse Selbstauffassung nicht über die Kirche als Institution und „kirchliche Lehre“. Spätestens mit dem einflussreichsten deutschsprachigen protestantischen Universitätstheologen der Moderne Friedrich Schleiermacher ist es klar, dass für viele Christen gerade die individuelle Glaubenseinsicht, das tiefe persönliche Verhältnis zu Gott und nicht die Kirche als Heilsanstalt die entscheidende Instanz ist. Ein ähnliches Individualismusprinzip in dem positiven Sinne der Eigenverantwortung ist Bestandteil der liberalen Vorstellungen.

Das Verhältnis zwischen der Religion als gesellschaftliches Phänomen einerseits und dem Staat und der Politik andererseits ist nicht immer von eigennütigen Triebkräften befreit. Ein wichtiger Grund, weshalb Religion in entscheidenden Fragen immer eine Rolle spielen wird, liegt in ihrer identitätsstiftenden Qualität. Alle wichtigen politischen Fragen tangieren letztlich auch das individuelle und

kollektive Bewusstsein und lösen dabei religiöse Empfindungen aus. Solange Religion auf die Identität von Menschen einwirkt, solange wird sie auch in der Politik von Bedeutung sein.

Oft scheint die Staatsmacht die Setzung Machiavellis zu befolgen, wonach es nicht wichtig ist, gerecht zu sein, sondern gerecht zu erscheinen. Deshalb bringen Politiker, politische Parteien und Herrschaftssysteme einen Diskurs in Gang, mit dem sie ihre Ziele und Strategien rechtfertigen. Abhängig vom kulturellen Kontext ist es dabei oft gerade die Religion, welche die politische Logik untermauern soll. Wenn in Moscheen zu Fundamentalismus aufgerufen wird, dann hat dies nicht mehr mit Religionsfreiheit zu tun, dann sind das Anstiftungen zu Straftaten. Ebenso verlogen waren die angeblich religiös motivierten Untaten im Nordirlandkonflikt. Gerade deswegen dürfen wir nicht hinnehmen, wenn im Namen der Religion – egal welcher – zu Gewalt aufgerufen wird. Genau vor solcher Christianisierung bzw. Islamisierung der Politik warnt der liberale Ansatz.

Auch heute klingen die Worte von Thomas Dehler, dem ehemaligen FDP-Vorsitzenden, Bundesjustizminister und übrigens Katholik vom Jahr 1949 aktuell: „Die Kirchen haben eine Überfülle kirchlicher Aufgaben; es gilt die Herzen zu läutern... Wir wollen die Kirchen nicht in den Winkel verweisen; sie haben ihre hohen Rechte in der Gemeinschaft. Es wird ihnen und unserem Staate, den wir unter Mühen und Schmerzen wieder zu formen versuchen, zum Unheil gereichen, wenn sie fortfahren, Politik zu machen. Der Kardinal am Altar und auf der Kanzel: welche geistliche und sittliche Macht! Der Kardinal auf der Bühne der Partei: welche Verwirrung!“

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der inzwischen wenigen Länder Europas, in denen sich der Staat und das Volk laut Verfassung verpflichtet vor Gott Verantwortung zu tragen. Diese als Gottesbezug bekannte Verankerung einer letzten theistischen Moralinstanz findet sich in der Präambel des Grundgesetzes und markiert die besondere Rolle, die der Verfassungsgesetzgeber auf die Wertehierarchie legt. Sie deutet möglicherweise auch auf eine herausgehobene Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften als ethische Autoritäten in einer sonst säkularen Gesellschaft. Die FDP tritt nicht für eine Änderung des Grundgesetzes ein, den Gottesbezug aus der Präambel zu streichen. Dies steht derzeit auch überhaupt nicht zur Debatte. Die FDP steht aber zu dem im Grundgesetz verankerten Prinzip der Trennung von Staat und Kirche, das erst dazu führt, dass es zwischen Kirchen und Staat eine konstruktive und kooperative Zusammenarbeit geben kann.

Liberales lehnen Religion im gesellschaftlichen Raum nicht ab: Religion als Privatsache bedeutet für uns nicht, dass Religion nur in den eigenen vier Wänden gelebt werden kann. Jeder Mensch hat das Recht, seine religiösen Überzeugungen in der Öffentlichkeit so zu zeigen, wie er es für richtig hält, solange dadurch nicht andere beleidigt oder diskriminiert werden und die verfassungsgemäße Ordnung nicht in Frage gestellt wird.

Der Christ in der Politik unterscheidet sich durch ein klares inneres Koordinatensystem. So bedeutet Glaube für mich, einen festen Grundstein zu haben. Bei schwierigen Entscheidungen gibt mir mein Glaube sicheren Halt, aber zugleich auch die Freiheit, mich zu entscheiden. Gerade mein inneres, christlich geprägtes Koordinatensystem hat es mir möglich gemacht, Positionen zu beziehen, die kontrovers waren und für sie einzustehen. Das Recht zur persönlichen Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten nehme ich sehr ernst. Ich habe schon öfter aufgrund meiner Glaubenshaltung entgegen der

Fraktionsmehrheit abgestimmt. Im Glauben finde ich die Werteorientierung, ohne die Politik nicht möglich wäre. Verantwortung baut für mich auf dem christlichen Glauben auf. Besonders an dem Gebot zur Nächstenliebe und zur Barmherzigkeit messe ich politische Entscheidungen.

Das Alte Testament fordert uns auf: „Macht euch die Erde untertan!“ Das ist ein Auftrag, der von uns Menschen nur verantwortungsbewusst ausgeführt werden darf und zwar nach den Kriterien des Neuen Testaments: den Geboten der Nächstenliebe und der Barmherzigkeit. Welche sind denn die „Werke der Barmherzigkeit“? Die Bibel kann uns auch hier wieder den Weg weisen, sie nennt diese Werke ganz konkret: Hungrige speisen, Fremden helfen, Kranke besuchen usw. Die gute alte, auch etwas altmodisch klingende Barmherzigkeit ist leider kaum noch Teil unseres Alltags und unserer Alltagssprache. Sie ist aber nach wie vor möglich und notwendig. Sie ist allerdings nicht nur eine Aufgabe des Staates.

Das führt zur Subsidiarität. Wenn die Bindekräfte, die Politik und Gesellschaft zusammenhalten, immer geringer werden, wenn Resignation und Teilnahmslosigkeit wachsen, ist Subsidiarität im Sinne von mehr Verantwortung und Engagement geradezu von existentieller Bedeutung. Gerade als Liberaler bin ich mir sicher: die frei gesetzten Kräfte jedes einzelnen, der Bürgerinnen und Bürger sind unentbehrlich, um die Leistungen unseres überforderten Sozialstaates zu ergänzen und unsere Solidargemeinschaft spürbar zu machen. Diese vor Ort gelebte Solidarität, das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt sind mir genauso wichtig wie das Funktionieren der großen sozialen Sicherungssysteme.

Die liberale Vorstellung eines schlanken Staates, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, kommt auch hier zum Tragen. Sie schöpft sich aus der bitteren

Erfahrung der staatlichen Überregulierung, die Engagement zum Ersticken bringt, aber auch aus Überförderung und Unterförderung. Der Staat ist nach wie vor auf freiwilliges Engagement der Christinnen und Christen, der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Zahllose Beispiele machen deutlich, dass es gar nicht so schwer ist, bedürftigen Menschen und benachteiligten Gruppen selbstlos und unkompliziert zu helfen oder für eine gute Sache freiwillig einzutreten.

Leider sind heutzutage die Nächstenliebe und die Barmherzigkeit in vielen Kreisen unserer durch Wertewandel und Werteverlust geprägten Ego-Gesellschaft nicht mehr selbstverständliche Tugenden, die verinnerlicht sind oder propagiert werden. Dagegen stehen Ellbogenmentalität und Rücksichtslosigkeit, Wegsehen und Achtlosigkeit, Egoismus und Hedonismus bei viel zu vielen Menschen hoch im Kurs. Unsere Aufgabe als Politiker ist es nicht, die Situation pharisäerhaft zu beklagen, sondern die Rahmenbedingungen staatlicherseits zu schaffen für eine gerechte und zukunftsorientierte Gesellschaft.

Und so kommt eben genau das, was auch ich als eine wichtige Aufgabe der Politik - auch im christlichen Sinne - ansehe: das Machbare versuchen, um Menschen ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Auch die alten Griechen verstanden die Politik als die „Kunst des Möglichen“. Wir wollen aber ein Stück mehr, nämlich Politik möglichst verantwortungsbewusst und möglichst gerecht machen. Verantwortungsbewusste Politik bedeutet für uns Liberale vor allem zukunftsverträgliche Politik. Dazu gehört auch, dass wir nicht länger auf Kosten zukünftiger Generationen leben dürfen. Unsere Zukunftsverantwortung sowie die den Christen eigene Mäßigung fordert es, dass wir unseren Kindern und Kindeskindern eine faire Chance lassen, unsere Schulden überhaupt jemals abtragen zu können.

Der französische Jesuit Teilhard de Chardin, Theologe und Naturwissenschaftler, Visionär der Zukunft der Menschheit und manchmal Kritiker seiner Kirche, schrieb 1965: „Barmherzigkeit verlangt von uns mehr als nur Wunden zu verbinden. Sie spornt uns an, eine bessere Welt zu bauen und uns als erste in den Kampf um ein Wachsen der Menschheit zu stürzen.“ So verstanden bildet diese Tugend zusammen mit dem leider in Vergessenheit geratenen Subsidiaritätsprinzip das Fundament eines christlichen Handelns in der Politik.

Die Kirchenpolitik spielt in der FDP-Bundestagsfraktion eine besondere Rolle. Als Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der FDP-Bundestagsfraktion bin ich für den Dialog der Religionsgemeinschaften mit der Politik zuständig. Als solcher habe ich auch gewisse Erwartungen an die Kirchen. Gerade durch ihre großen karitativen Werke haben sie auch einen besseren Einblick in die Situation bestimmter Segmenten der Gesellschaft, insbesondere die der Rentner, der Benachteiligten, der Ausgegrenzten in unserer stark durch Wettbewerb geprägten Zeit. Die Kirchen sind nämlich die eigentliche Stimme derer, die sonst keine Stimme oder keine Lobby haben.

Staat und Kirche sind aufeinander angewiesen. Die Kirche und die Politik müssen lernen, zwischen den letzten und den vorletzten Fragen zu unterscheiden. Die Fragen von Anfang und Ende, vom Davor und Danach, sind die großen Fragen, mit denen sich die Menschen immer beschäftigt haben. Und die funktionieren – auch für überzeugte Atheisten – am Ende nicht so ganz ohne Religion. Denn die Fragen nach dem Davor und Danach, nach Anfang und Ende, übersteigen unsere Vorstellungskraft und gehen deswegen über in den Bereich der Religion. Und so sind nach meiner Überzeugung die Religion und der Glaube für die Prägung einer Gesellschaft, für die Grundlegung einer freiheitlichen Ordnung, von unverzichtbarer Bedeutung.

Die Politik kann bei den letzten Fragen wenig sagen, sondern nur bei den vorletzten. Die Stimme der Kirche bei den letzten entscheidenden Fragen sollte nicht leiser sein, als bei ihren Äußerungen zur Politik. Ich halte kirchliches Engagement in Fragen der Erziehung und Bildung für sehr wichtig, insofern begrüße ich außerordentlich die Aktivitäten der Kirche auf diesem Gebiet: dass sie eine so hohe Verantwortung in der Bildung junger Menschen übernimmt, gerade in Berlin und auch inzwischen hier in Brandenburg.

Und wenn ich Kirche sage, meine ich nicht nur den Klerus, die Geistlichen sondern auch mit Johannes Paul II. meine ich auch die Kirche der Laien. Nicht Weltabgeschlossenheit, nicht weltfremde Enthaltensamkeit sollen die Grundlagen für jedes Tun in dieser Welt sein. Die christliche Weltverantwortung, die vor allem Aufgabe und Berufung der Laien ist, sprach 1988 der verstorbene Papst in „Christifideles laici“ an: „Um die zeitliche Ordnung ... christlich zu inspirieren, können die Laien nicht darauf verzichten, sich in die Politik einzuschalten“.

Ich wünsche mir besonders, dass die Kirche sich einbringt wenn es um Fragen des Schutzes von Kranken, von Kindern, die nicht in guten Sozialisationsbedingungen aufwachsen, dass sich Kirche dort laut und deutlich zu Wort meldet und ihre Ansichten darlegt, wie diesen Kindern Chancen in der Gesellschaft eröffnet werden können. Auch mein besonderer politischer Einsatz gilt den Bildungschancen junger Menschen, denn Bildung ist die Grundlage für private und berufliche Freiheit in Verantwortung gegenüber dem Nächsten.

Neulich stieß ich auf den Titel eines Zeitungsartikels, der lautete: „ Die Kirche nervt“. Die Kirche hat kein Monopol auf Sinnstiftung aber sie hat eine authentische Botschaft zu verkünden für die vielen Lebensbereiche, die natürlicherweise dem

Staat entzogen sind. Gerade in diesen Bereichen ist die Kirche besonders gefragt, sie hat einen Öffentlichkeitsauftrag und sozusagen ein Wächteramt gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Die Kirchen dürfen nicht zu einer Presseagentur für Werte verfallen. Bischof Huber meint dazu: „Der Auftrag der Kirchen erschöpft sich nicht darin, Werte bereitzustellen und dadurch für das Schmieröl des gesellschaftlichen Motors zu sorgen. Was sie zu sagen haben, muss vielmehr in bestimmten Fällen eher wie der Sand im Getriebe wirken. Denn die Wahrheit, für die sie eintreten, richtet sich nicht nach gesellschaftlichen Bedürfnissen und fügt sich nicht ins politische Machtkalkül.“ Ich wünsche mir, dass die Kirche häufiger gerade auf dieser Art und Weise die öffentliche Meinung „nervt“.

Und wie sich der liberale Einsatz mit dem christlichen Glauben verbindet, könnte ich nochmals anhand der Stelle im Markus-Evangelium veranschaulichen, wo aufgerufen wird, dem Kaiser zu geben, was ihm gehört. Ich, als christlicher, katholischer, aber dem Liberalismus zugehöriger Politiker kann sagen, dass ich dafür Sorge, dass die Steuern für den Kaiser möglichst gering bleiben!